

Abkommen

betr. den Reichslohntarifvertrag für das deutsche Buchbindergerwerbe und verwandte Berufszweige.

(Abgeschlossen am 29. Mai 1922 in Berlin.)

I.

1. Die reichsstatistischen Stundenlöhne werden ab 1. Juni 1922 um die gleichen Beträge erhöht wie nach dem Abkommen vom 6. Mai.

2. Die Akkordarbeitnehmer sind so zu entlohnen, daß der Ziffer 31 des Hauptvertrages entsprochen wird.

3. Bezüglich der sonstigen durch dieses Abkommen nicht berührten Bestimmungen des Buchbinder-Reichstaris bleibt es bei der bisherigen Regelung.

4. Vorstehendes Abkommen gilt bis auf weiteres mit vierwöchiger Kündigungsfrist. Die Kündigung kann zum Letzten eines jeden Monats erfolgen; sie ist das erstmalig zulässig zum 31. Juli 1922.

Berlin, den 29. Mai 1922.

Vpl: Fachgr. Geschäftsbücher-Fabrikation usw.: (gez.) v. Lingelsheim. (gez.) Dr. Feldgen. Vpl: Fachgr. Briefumschlag- und Papierausstattungs-Fabrikation:

(gez.) Eduard Labus. (gez.) Dr. Feldgen.

Verband Deutscher Buchbindereibesitzer:

(gez.) Kurt Sperling. (gez.) Dr. Creuzberger.

Reichsverband der Buchbindereien:

(gez.) Fischer. (gez.) Malms.

Deutscher Buchdruckerverein:

Berthold Sturm.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter

Deutschlands:

(gez.) Hauelsen.

Graphischer Zentralverband:

(gez.) Hornbach.

II.

Zwischen dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer und den unterzeichneten Gewerkschaften wird folgendes vereinbart:

Der prozentuale Zuschlag zu den am Reichsakkordtarif des BDB festgelegten Grundlöhnen beträgt ab 1. Juni 1922 460 Proz.

Dieses Abkommen läuft unter denselben Bestimmungen wie das Abkommen betreffend die Stundenlöhne vom heutigen Tage.

Berlin, den 29. Mai 1922.

Verband Deutscher Buchbindereibesitzer:

(gez.) Kurt Sperling. (gez.) Dr. Creuzberger.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter

Deutschlands:

(gez.) Hauelsen.

Graphischer Zentralverband:

(gez.) Hornbach.

Zusatzvertrag für die Briefumschlag- und Papierausstattungsindustrie zum Reichstarifvertrag für das deutsche Buchbindergerwerbe und verwandte Berufszweige.

(Abgeschlossen am 29. Mai 1922 zu Berlin.)

Die gemäß dem Berliner Abkommen vom 6. Mai 1922 vereinbarten Stundenlöhne werden ab 1. Juni 1922 um die gleichen Beträge erhöht wie nach dem Abkommen vom 6. Mai 1922.

Im übrigen gilt das Hauptabkommen vom heutigen Tage.

Die sonstigen Bestimmungen des Zusatzvertrages für die Briefumschlag- und Papierausstattungs-Fabrikation laut des Leipziger Abkommens vom 4. September 1921 bleiben unverändert.

Berlin, den 29. Mai 1922.

Vpl: Fachgr. Briefumschlag- und Papierausstattungs-Fabrikation:

(gez.) Eduard Labus. (gez.) Dr. Feldgen.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter

Deutschlands:

(gez.) Hauelsen.

Graphischer Zentralverband:

(gez.) Hornbach.

Lohnverhandlungen für das Buchbindergerwerbe.

Am Nachmittag des 29. Mai traten in Berlin die Vertreter des Arbeitgeberverbandes der Papierverarbeitenden Industrien und unser Tarifausschuß zu Verhandlungen zusammen, um die nach Ablauf des Mai-Abkommens zu zahlenden Löhne festzusetzen. Bemerkenswert war diesmal die überaus schwache Beteiligung der Unternehmer. Im Auftrag unseres Tarifausschusses begründete Kollege Weh-Frankfurt unsere Forderungen. Seine Ausführungen gipfelten in einer vergleichenden Darstellung unserer Entlohnung und des Existenzminimums, sowie in einem Vergleich unserer Löhne mit denen anderer Industrien. Er erbrachte den Nachweis, daß die Entlohnung unserer Kollegenhöchst im Durchschnitt um 4 bis 6 Mt., in besonderen Fällen bis zu 10 Mt. hinter denen anderer Berufe zurückbleibt. Kann heute eine Lohnsteigerung um das 30- bis 32fache angenommen werden, dann ist die Lebenshaltung um mindestens das 53fache gestiegen. Besonders nachdruck setzte Weh auf eine notwendige Verringerung der Spannung zwischen den einzelnen Ortsklassen. Wie in den letzten Monaten immer von den Vertretern der Arbeiterchaft behauptet wurde und wie sich auch in den statistischen Erhebungen des Reichs und anderer Stellen zeigte, habe die Teuerung in Klein- und Mittelstädten den gleichen, vielfach einen noch höheren Grad erreicht als in den Großstädten. Das verlange, daß auch unsere durch die Teuerung bedingten Zulagen für alle Orte die gleichen sein müßten. Gleich intensiver vertat auch Weh die Forderung, die Spannung zwischen den einzelnen Altersklassen zu verringern. Viele unserer jungen Kollegen, die zu ihrer Ausbildung oder aus sonstigen Ursachen allein stehen, sind ganz außerordentlich belastet und ihre sehr geringe Entlohnung reiche bei weitem nicht aus zur Deckung selbst der bescheidensten Bedürfnisse. Heute habe sich der unhaltbare Zustand herausgebildet, daß sie mit ihrer Entlohnung trotz ihrer Begehrtheit noch hinter der Arbeiterin zurückbleiben. Ebenso notwendig sei auch eine Verringerung der Spannung zwischen den Männern- und Frauenlöhnen. Die sachlichen Ausführungen des Kollegen Weh fanden auf der Gegenseite aufmerksame Zuhörer. Als Sprecher der Unternehmer entgegnete Herr Dr. Feldgen, daß unsere Betriebe zurzeit vor einem geradezu katastrophalen Rückschlag in bezug auf den Eingang von Aufträgen stehen. Die Unternehmer seien darum gezwungen, auch den Forderungen der Arbeiterchaft gegenüber große Vorsicht zu zeigen und alle Rücksichten auf die Zukunft zu nehmen. Weiter glaubte er feststellen zu können, daß sich die seither betriebene Lohnpolitik der Unternehmer im Buchbindergerwerbe immer auf einer gesunden mittleren Linie bewegt habe. Eine Differenzierung der Entlohnung sei notwendig, da die Leistungsfähigkeit bei längerer Berufstätigkeit, der Familienstand und die aröheren Bedürfnisse im reiferen Alter nicht unberücksichtigt bleiben können, ebensowenig wie die bessere Entlohnung der gelernten Arbeiter gegenüber den ungelernten. Der Anreiz zum Eingehen einer Begehrtheit würde beseitigt, wenn hier keine oder eine nur sehr geringe unterschiedliche Entlohnung platzgreife. Weiter betonte er, daß unser Lohnabkommen wieder von längerer Dauer sein müßte, da die jetzigen kurzen Fristen an den Lebensnerven der Betriebe rühre. Jeder vorsichtige Kauf- und Geschäftsmann müsse auch für die Zukunft kalkulieren. — In den eingehenden Gegenreden wurde von unsern Vertretern vielfach auf örtliche Verhältnisse bezug genommen und damit nachgewiesen, wie weit unsere Entlohnung zurückgeblieben sei. Der nach wie vor sehr gute Geschäftsstand in unserm Berufe, der sich darin zeigte, daß nicht nur keine Arbeitslose vorhanden sind, sondern daß auch die Leistung von Ueberstunden noch immer in außergewöhnlichem Maße verlangt wird, machte eine wesentliche Aufbesserung unserer Löhne leicht. — Nach verhältnismäßig kurzen — nur knapp dreistündigen — Reden und Gegenreden wurde die übliche Kommissionsberatung angeregt und beschlossen. Aber auch die Kommission sah nur sehr kurze Zeit beisammen, denn nach wenigen Minuten zogen sich die Unternehmer zu einer Sonderberatung zurück. Nach weiteren zweistündigen gegenseitigen Aussprachen stand die Situation abends 1/10 Uhr so, daß die Unternehmer als ihr äußerstes Entgegenkommen eine Wiederholung der Mai-Zulagen auch für Juni und Juli bezeichneten. Da zu diesem Zeit-

punkte zu erkennen war, daß damit das letzte Wort gesprochen wurde, wenn eine Verlängerung des Lohnabkommens zustande kommen sollte, einigten sich die Parteien auf dieser Grundlage. Ab 1. Juni kommen demnach auf die Mailöhne in allen Ortsklassen und Altersklassen nochmals dieselben Zulagen, wie sie für den Monat Mai in Kraft getreten waren.

Infolge der gescheiterten Verhandlungen im Buchdruckgerwerbe weigerten sich die Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins, unsern Abschluß durch Unterschrift beizutreten. Nachdem aber am 31. Mai auch im Buchdruckgerwerbe eine Verständigung erzielt wurde, ist die Anerkennung auch unsern Abschusses durch den Deutschen Buchdruckerverein nachträglich noch erfolgt.

Lohnabkommen in der Wellpappenindustrie.

Am 26. Mai haben in Berlin mit Vertretern des Arbeitgeberverbandes in der Wellpappenindustrie Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen stattgefunden, die zu nachstehender Vereinbarung geführt haben:

1. Mit Wirkung ab 16. Mai werden folgende Teuerungszulagen bewilligt:

Table with columns: Arbeiter, Ortstasse (I, II, III, IV), and rows for age groups (a) to (e) for both workers and women.

2. Luda bleibt in Ortstasse III. Es zählt ab 16. Mai bis 31. Mai die Zulagen der Ortstasse III, ab 1. Juni bis zum Schluß der Tarifperiode die Zulagen der Ortstasse II auf die bisherigen Löhne.

3. Akkordarbeiter und Akkordarbeiterinnen erhalten die vorstehenden Zulagen neben den bisherigen Akkordlöhnen als feste Zulagen für die bezahlten Arbeitsstunden, und zwar entsprechend ihrer Altersklasse.

Die neuen Reichstarrisöhne für die Wellpappenindustrie stellen sich demnach wie folgt:

Table with columns: Arbeiter, Ortstasse (I, II, III, IV), and rows for age groups (a) to (d) for both workers and women.

Alle in der Wellpappenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden als Stundenzuschlag auf die Tariflöhne gezahlt: nach einjähriger Tätigkeit in der Industrie . 10 Pf. nach zweijähriger Tätigkeit in der Industrie . 20 Pf. nach dreijähriger Tätigkeit in der Industrie . 30 Pf.

Mit vorstehendem Abkommen läuft der Reichslohntarif für die Wellpappenindustrie bis zum 15. Juni.

Unser Verbandstag.

II.

Die Verhandlungen über „Tarif- und Lohnbewegungen“ fanden — wie üblich — in geschlossener Sitzung statt. Das einleitende, instruktiv gehaltene Referat erstattete unser Tariffsekretär, Kollege W i e n i c k e. Er schilderte das Werden unserer Tarifverträge, vor allem den in der Berichtszeit bewirkten Ausbau und die Weiterentwicklung unserer Reichstaris. Seine Ausführungen klangen dahin aus, daß wir noch weit davon entfernt sind, mit dem derzeitigen Stande und mit den gegenwärtigen Bestimmungen unserer Reichstaris zufrieden sein zu können. Vornehmlich genügten die materiellen Er-

gebnisse unserer Lohnverhandlungen noch lange nicht, um auch nur annähernd mit der Steigerung der Lebensunterhaltskosten gleichzukommen. — Zu diesem Punkte lagen nicht weniger denn 48 Anträge vor. — In der mehrstündigen Diskussion wurde die Tätigkeit der Verbandsleitung und des Tarifausschusses von der übergroßen Mehrzahl der Redner anerkannt und einer Fortführung der Reichstarrifpolitik — so weit als möglich und unter vollster Beachtung der Interessen unserer Mitglieder — das Wort geredet. Zum Teil wurden auch örtliche oder bezirkliche Lohnregelungen verlangt unter Beibehaltung des Reichsmanteltarifes. Besonders lebhaft traten die Delegierten für eine weit größere Annäherung der Frauen- an die Männerlöhne und für eine tarifliche Regelung des gesamten Lehrlingswesens ein. Verlangt wurde auch von mehreren Seiten eine andere Zusammenfassung des Tarifausschusses und größere Berücksichtigung von noch in den Betrieben stehenden Mitgliedern und vor allem von Kolleginnen. — In seinem Schlusswort ging Wienke auf die in der Diskussion gemachten Vorschläge im einzelnen ein. — Es lag in der Natur der Sache, daß die Mehrzahl der vorgelegten Anträge dem Tarifausschuß zur Erledigung überwiesen wurde. Zur Zusammenfassung des Tarifausschusses wurde beschlossen, daß jeder Gau ein stimmberechtigtes Mitglied in diesen zu entsenden hat, außerdem sollen die Zahlstellen Berlin, Leipzig, Dresden und Stuttgart je einen besonderen Vertreter erhalten. Das Recht der Zugehörigkeit von Spartenvertretern soll dem Vorstand vorbehalten bleiben. Die Beisitzer zum Sachtarifamt der Buchbinder in Leipzig sollen neu gewählt werden. Nachstehende Richtlinien:

„Der Verbandstag erneuert den Beschluß des Würzburger Verbandstages, nach dem auch für die Folgezeit auf dem Wege der reichstarriflichen Regelung eine möglichst günstige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aller Berufsangehörigen anzustreben ist.“

Insondere fordert der Verbandstag von dem Vorstand und dem Tarifausschuß, daß er bezüglich der Frage der Arbeitszeit nach wie vor mit allem Nachdruck die in einzelnen Gauen bestehende 40stündige bzw. 45stündige Arbeitszeit verbietet.

Des weiteren wünscht der Verbandstag, daß der Tarifausschuß es als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachte, die derzeitige ungelöste Spannung zwischen den Männer- und Frauenlöhnen zu beseitigen.

Ebenso fordert der Verbandstag, daß diejenigen Beschäftigten, die sich mit der Wahrnehmung der Interessen der Jugendlichen und Lehrlinge befassen, bei allen Beratungen mit den Unternehmerverbänden mit allem Nachdruck vertreten werden.

Beszüglich der Krisiseneinteilung in den Reichstarrifen wird dem Vorstand und dem Tarifausschuß ausgegeben, eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende Regelung von den Unternehmern zu fordern.

Der Verbandstag macht es aber allen Mitgliedern zur Pflicht, bei der Durchführung aller Lohnbewegungen die statistischen Bestimmungen auf das strengste zu beachten.“

wurden gegen ungefähr 25 Stimmen angenommen. Durch diese positiven Beschlüsse waren sieben andere Anträge erledigt, während weitere 34 dem Vorstand oder dem Tarifausschuß überwiesen wurden.

Ueber das Zusammenwirken mit anderen gewerkschaftlichen Organisationen referierten die Kollegen Hauelsen und Harber. Hauelsen berichtete über das Zusammenwirken mit dem ADGB und über die Aufgaben und die Bedeutung des nächsten Gewerkschaftskongresses. Er betonte, daß der ADGB, dem unser Verband seit 1890 angeschlossen sei, immer mehr zu einem Wachsfaktor des politischen und wirtschaftlichen Lebens werde, an dem keine maßgebende Stelle mehr achtlos vorübergehe. Im Interesse der Arbeiterklasse müsse diese Position von der Arbeiterschaft selbst immer mehr ausgebaut und gestärkt werden. — Harber berichtete über den „Graphischen Bund“. Der Zusammenschluß der vier Verbände des graphischen Gewerbes zu einem „Graphischen Bund“ habe selbst in der losen Form, in der er erfolgte, bereits gezeigt, daß der Weg, der damit beschritten wurde, ein gangbarer sei und letzten Endes zum Graphischen Industrieverband führe. Alle das graphische Gewerbe und seine Arbeiterschaft berührenden Fragen seien nach großen und einheitlichen Gesichtspunkten behandelt worden. Die wieder größer werdende Macht

des Unternehmertums könne nur eingebämmt und überwunden werden, wenn möglichst umfassende und starke Arbeiterorganisationen ihr entgegengestellt werden. Zu diesem Zweck soll der „Graphische Bund“ möglichst bald durch einen einheitlichen Verband aller im graphischen Gewerbe und in der papierverarbeitenden Industrie Beschäftigten abgelöst werden.

Dann gab Hauelsen noch einen Bericht über die Arbeiten der Internationalen Buchbinderföderation.

Dem Verbandstag lag der Entwurf eines Einheitsstatutes für den „Graphischen Industrieverband“ zur Begutachtung vor, das von Vertretern der beteiligten vier Organisationen ausgearbeitet worden war.

In der einsehenden Debatte sprach Kollege Gaebel, Berlin für die RPD-Fraktion, Kaspar, Berlin für die USPD-Fraktion. Die Fraktion der SPD verzichtete auf die Stellung eines besonderen Fraktionsredners zu diesem Punkt. Gaebel sprach sich für die beschleunigte Schaffung des Industrieverbandes aus. Dann wandte er sich gegen den ADGB, der nicht aktiv genug und falsch eingestellt sei. Der ADGB müsse die oberste Heeresleitung sein, die die Proletariatsmassen zum Kampf führe, wenn die ökonomischen Bedingungen dafür gegeben seien. Er müsse selbständige klare Politik treiben und nicht wie bisher ein Anhängsel der Regierungspolitik sein. Das vorliegende Einheitsstatut für den Graphischen Industrieverband lehnte der Redner ab. — Kaspar schloß sich ebenfalls für den Graphischen Industrieverband ein. Er polemisierte gegen den ADGB in der Frage der Technischen Nothilfe, der Oberhieslerfommung und gegen die Arbeiten Dr. Striemers in der „Betriebsräte-Zeitung“. Genosse Haß, der Vorsitzende des Steindruckerverbandes, Hornke, der 2. Vorsitzende des Hilfsarbeiterverbandes, und Seiß, der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes, erklärten die grundsätzliche Bereitwilligkeit der von ihnen vertretenen Organisationen zur Schaffung des „Graphischen Industrieverbandes“. Allerdings müßten erst von unten auf die notwendigen Vorbedingungen geschaffen werden. Ein Diktat von oben herab sei ein Übel. Seiß äußerte die Ansicht, daß die Zeit zur Beseitigung der Berufsorganisationen noch nicht gekommen sei. — Der Vertreter des ADGB, Genosse Grahmann, wies die Angriffe auf den ADGB zurück. Dann schilderte er die großen Schwierigkeiten, die sich bei der monatelangen Beratung einer Kommission des ADGB zur Prüfung der Frage der beschleunigten Zusammenfassung unserer Berufsverbände zu Industrieorganisationen ergeben haben. Es sei anzunehmen, daß der diesjährige Gewerkschaftskongreß den Nürnberger Beschluß erneut bestätigen würde, daß wohl die Entwicklung der Gewerkschaften in der Richtung der Konzentration zu großen zusammenfassenden Industrieverbänden mit größerer Stoßkraft und Verbilligung der Verwaltung liege, daß aber kein Berufsverband gezwungen werden solle und könne, sich einem Industrieverband anzuschließen. In bezug auf die Beschwerden wegen der Redigierung der „Betriebsräte-Zeitung“ durch Dr. Striemer wies Grahmann auf die Tatsache hin, daß der Betriebsrätebeirat, dem Genossen der verschiedensten Richtungen angehören, keinen Anlaß gesehen habe, gegen Dr. Striemer vorzugehen. — In der weiteren Debatte kam von allen Rednern zum Ausdruck, daß die Schwierigkeiten, die der Schaffung des Graphischen Industrieverbandes noch entgegenstehen, baldigt beseitigt werden möchten. — Die Abstimmungen über die zu diesem Punkt vorliegenden Anträge — das kann gesagt werden — haben kaum zu einer Klärung der Frage beigetragen. Sie stehen nach unserem Empfinden im Widerspruch zu der geführten Debatte. Der angenommene Antrag 217:

„Die Kartellierung der Unternehmerverbände schreibt immer weiter vorwärts. Immer schärfer werden die Kampfmittel zur Überwindung der Arbeiterschaft.“

Nur starke und große Arbeiterorganisationen werden in Zukunft imstande sein, den geschlossenen Unternehmerverbänden die Spitze bieten zu können. Deshalb ist im graphischen Gewerbe der Zusammenschluß der vier in Frage kommenden Verbände von Notwendigkeit.

Diese Notwendigkeit wurde bereits anerkannt und in Resolutionen auf allen in Frage kommenden Verbandstagen festgelegt.

Als erster Schritt zum Zusammenschluß wurde die Gründung des Graphischen Bundes mit einem Sekretär an der Spitze vorgenommen.

Wenn auch die Fortschritte, welche hierdurch erzielt wurden, nicht verkannt werden sollen, so bleibt doch der

wichtigste Schritt, der organisatorische Zusammenschluß selbst, noch zu tun übrig.

Um dieses Ziel in greifbare Nähe zu rücken, fordern wir:

1. Die Verbandstage wollen beschließen, unverzüglich eine Urabstimmung anzunehmen, um festzustellen, ob die Mitgliedschaft der einzelnen Verbände im Prinzip für den Zusammenschluß ist.

2. Die Verbandstage wählen einen Kollegen vom Verbandsvorstand und zwei Kollegen aus Mitgliederkreisen als Mitglieder einer Statutenberatungskommission.

Diese Kommission hat sofort zusammenzutreten, nachdem die Mitglieder sich für den Zusammenschluß entschieden haben.

Der Sekretär des Graphischen Bundes hat in der Kommission Sitz und Stimme.

3. Die Verbandstage beauftragen die Zentralvorstände, das von der Statutenberatungskommission ausgearbeitete Statut den Mitgliedern zur Diskussion zu übermitteln.

Inzwischen erledigen die vier Zentralvorstände gemeinsam die notwendigen Vorarbeiten für einen gemeinsamen Verbandstag, welcher auch von den Zentralvorständen gemeinsam einberufen wird.

4. Die Verbandstage erziehen den Verbandsvorstand der Hilfsarbeiter, die im Punkt 1 geforderte Urabstimmung zu beschließen, ohne erst den nächsten Verbandstag abzuwarten.

Auch für die Entsendung von Mitgliedern in die Statutenberatungskommission möge der Zentralvorstand des Hilfsarbeiterverbandes Mittel und Wege finden.“

liegt nur dann auf dem Wege der Beschleunigung des Zusammenschlusses, wenn die Verbandstage der übrigen drei Organisationen die gleiche Entschloßung fassen. Hoffen wir, daß dies geschieht, da andernfalls neben der selbstverständlichen weiteren gemeinsamen Arbeit im Graphischen Bund und in den graphischen Kartellen kaum etwas Besonderes zur Beschleunigung des Verfahrens geschehen kann. Hoffen wir aber auch, daß unsere Befürchtungen sich als nicht zutreffend erweisen. Durch die Annahme des obigen Antrages 217 war eine Resolution erledigt, die in der Gründung des „Graphischen Bundes“ den ersten tatsächlichen Schritt zur engeren Zusammenführung der Berufsorganisationen im graphischen Gewerbe und in der papierverarbeitenden Industrie erblickte und begrüßte und die Sühnungen des Graphischen Bundes anerkannte, die aber auch aussprach, daß die wieder größer werdende Macht des Unternehmertums nur eingebämmt und überwunden werden kann, wenn möglichst umfassende und starke Arbeiterorganisationen ihr entgegengestellt werden und daß es darum bei der im „Graphischen Bund“ zum Ausdruck kommenden föderativen Zusammenarbeit nicht längere Zeit sein Bewenden haben darf, sondern daß der „Graphische Bund“ möglichst bald durch einen einheitlichen Verband aller im graphischen Gewerbe und in der papierverarbeitenden Industrie abgelöst werden muß. Sie anerkannte weiter die Schwierigkeiten, die der Bildung eines Industrieverbandes zurzeit noch entgegenstehen, wollte aber den Verbandsvorstand beauftragen, auf möglichst baldige Überwindung dieser Schwierigkeiten mit allem Nachdruck hinzuwirken. Zum Schluß sprach sie das Einverständnis aus zu den im vorliegenden Entwurf eines Einheitsstatutes aufgestellten organisatorischen Grundzügen und die Bereitwilligkeit, unsern Verband in einem auf dieser Grundlage zustande kommenden Industrieverband aufgehen zu lassen. Der hier angedeutete Schlußsatz der erledigten Entschloßung verließ der Ablehnung. Beschlossen wurde weiter, daß in den Fällen, in denen vom ADGB Arbeitsruhe an bestimmten Tagen angeordnet wird, der Verband denjenigen Mitgliedern die Maßregelungsunterstützung angedeihen zu lassen, welche durch diese Disziplinbefolgung ihre Arbeit verlieren. Dann wurde der Verbandsvorstand beauftragt, sich mit den freigewerkschaftlichen Verbänden in Verbindung zu setzen, die zu unserem Organisationsbereich gehörende Berufsangehörige als Mitglieder bei sich aufgenommen haben, um die Übernahme dieser Berufsangehörigen in unseren Verband herbeizuführen. Zu diesen Verbänden zählen in erster Linie: Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter, der Fabrikarbeiterverband, der Tabakarbeiterverband und Sattlerverband.

Das dem Verbandstag vorliegende Einheitsstatut wurde der nach Antrag 217 zu wählenden Kommission als Material überwiesen. In diese Kommission wählte der Verbandstag die Kollegen Ortloff-Frankfurt a. Main und Petri-Leipzig.

Die Geschäftslage in der Papierverarbeitung im April

hat sich, wie der Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verlages und der Papierverarbeitung berichtet, im April in mehreren Zweigen durch eine gewisse Abschwächung der Nachfrage ausgezeichnet, die auf die schleppende Papierverföorgung bei steigenden und zum Teil ganz ungewissen Preisen und auf die Zurückhaltung der Käufer infolge der hohen Preise und mit Rücksicht auf die Unsicherheit der wirtschaftlichen und politischen Lage zurückzuführen ist. Namentlich der unsichere Ausgang der Konferenz in Genua veranlaßt die Rundschiff, keine größeren Engagements einzugehen. Starke Erregung macht sich bemerkbar, weil amtlich mit der Absicht umgegangen wird, den Preis für Zeitungsdruckpapier auf Kosten der übrigen Papierverbraucher künstlich zu senken. Gegen diese Maßnahme richteten sich Proteste der hauptsächlich dabei in Mitleidenenschaft gezogenen Fachgruppe. Beklagt wird ferner über die Gefährdung der Ausfuhr, da die Inlandspreise die Weltmarktpreise mehr und mehr erreicht oder gar schon überschritten haben. Auch die Verkehrserschwerungen infolge von Güterperren und dergleichen geben Anlaß zu lebhaften Beschwerden.

Ueber die einzelnen Zweige der Papierverarbeitung wird berichtet:

In der Buntpapierindustrie hat der Auftragselgang gegen den Vormonat nachgelassen. Nicht selten werden schon erteilte Aufträge zurückgezogen. Die durch die fortwährend steigenden Gesehungskosten notwendig gewordenen Erhöhungen der Verkaufspreise engen allmählich die Absatzmöglichkeit ein. Auch die Ausfuhr ist sehr erschwert, da die ausländischen Konkurrenzfabriken schon z. T. billiger liefern als die deutschen Werke. Die ausländischen Buntpapierfabriken verarbeiten finnische Rohpapiere, die sich heute billiger stellen als das deutsche Rohpapier. Lebhafteste Klage wird von den westdeutschen Betrieben über die schlechten Verkehrsverhältnisse geführt. Sendungen (geschlossene Wagenladungen) aus dem Rheinland nach Hamburg sind über vier Wochen unterwegs.

Für Chromopapier und Chromokarton blieb die Nachfrage wie bisher lebhaft, so daß nicht alle Aufträge angenommen werden konnten. Die Konventionspreise wurden um 20 v. H. erhöht. Die Ausfuhr bewegt sich in sehr engen Grenzen.

Der Verein deutscher Gummirastalten teilt mit, daß die Beschäftigung ebenso gut geblieben ist wie im Monat März. Die Rohstoffverföorgung ließ zu wünschen übrig, besonders scheint in Klebstoffen große Knappheit einzutreten. Die Rohstoffpreise wurden bedeutend erhöht, dementsprechend wurden auch die Verkaufspreise durch Konventionsbeschluß heraufgesetzt. Die Ausfuhr hat nicht zugenommen. Die Löhne wurden durch Tarifverhandlungen im April wesentlich erhöht. Kohlenmangel und Bahnsperrung wirkten nachteilig.

Der Verein für geblebten Photographiekarton berichtet, daß sich die Beschäftigung gegenüber dem Vormonat nicht geändert hat, die Rohstoffverföorgung bei steigenden Preisen mangelhaft war. Die Verkaufspreise wurden durch Konventionsbeschluß erhöht. Die Ausfuhr ging infolge zu hoher Preise zurück. Die Löhne wurden erhöht.

Bei den Werken der Vereinigung der Hersteller photographischer Karten blieb die Beschäftigung gleich gut. Die Rohstoffverföorgung war unbefriedigend bei sprunghaftem Steigen der Preise.

In der Papierausstattungsindustrie war die Beschäftigung die gleiche wie im Vormonat. Unter dem Druck der weiter gestiegenen Rohstoffpreise mußten auch die Verkaufspreise weiter erhöht werden. Beim Zwischenhandel macht sich allmählich eine gewisse Zurückhaltung bemerkbar. Das in den letzten Monaten besonders starke Ansteigen der Kosten aller Lebensbedürfnisse hat merkbare Abnahme der Kaufkraft für Papierausstattungen verursacht.

Der Verein Deutscher Papierfabriken teilt mit, daß die lebhafteste Nachfrage nach großen geblebten Papierböden infolge starker Preissteigerung auf dem Inlandmarkt anhält. Leider kann der Nachfrage nicht voll entsprochen werden, da die Papierverföorgung nach wie vor ungenügend bleibt. Die Verkaufspreise sind gemäß den gestiegenen Rohstoffpreisen erhöht worden. Da schon der Inlandmarkt nicht voll befriedigt werden konnte, kam nennenswerte Ausfuhr nicht in Betracht. Die starke Nachfrage nach Säcken scheint Veranlassung gegeben zu haben, daß sich wieder ungeeignete Elemente in den Sackhandel eingebracht haben.

Die im Verband Deutscher Falttschachtelfabrikanten zusammengeschlossenen Werke waren auch im April überlastet, so daß mit Einlegung von Ueberstunden und Doppelschichten gearbeitet werden mußte. Doch wird beweiselt, daß dieser Beschäftigungsgrad noch lange anhalten wird, da die Gesehungskosten die Weltmarktpreise bald übersteigen werden. Die Rohstoffverföorgung hat sich bedeutend verschlechtert. Die Verkaufspreise und Löhne wurden erhöht.

In der Kartonnagen-Industrie macht sich, wie der Zentral-Verband Deutscher Kartonnagenfabriken berichtet, im allgemeinen ein empfindlicher Rückgang in zahlreichen Betrieben bemerkbar. Schuld daran ist der sich immer mehr fühlbar machende Mangel an Vapen und daneben die übergroßen Preissteigerungen aller Rohstoffe. Besonders schwierig scheint sich der Absatz in Zigarettenfabriken zu gestalten. In einer Anzahl von Betrieben ist man bereits zu Einschränkungen übergegangen.

Auch der Verband Deutscher Wellpapierfabriken meldet Nachlassen der Beschäftigung. Auch für dieses Gebiet hat sich die Rohstoffverföorgung noch verschlechtert, weil Altpapier außerordentlich knapp ist und eine Reihe der in Betracht kommenden

Papierfabriken die Betriebe einschränken mußten. Die Verkaufspreise mußten den erhöhten Gesehungskosten angepaßt werden. Der Zwischenhandel hat sich nach Möglichkeit zu günstigen Preisen eingebekkt und beobachtet heute Zurückhaltung. Beklagt wird über die fortgesetzten Güterperren, die sich anscheinend besonders in Westdeutschland bemerkbar machen.

In der Geschäftsbüchereifabrikation ist keine Veränderung in der Beschäftigungslage eingetreten. Es wird noch über die gleichen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Papier geflagt. Infolge der Steigerung aller Gesehungskosten, insbesondere der Papierpreise, mußten die Verkaufspreise der Fertigfabrikate erhöht werden, wodurch die Weltmarktpreise nahezu erreicht sind.

Bei den Fabriken, die Schulhefte und Zeichenlernmittel herstellen, hielt sich die Beschäftigung im April auf der gleichen Höhe wie im März. Ende des Monats blieben die Bestellungen aus, weil die Saison vorüber und der Bedarf gedeckt ist. Die Rohstoffverföorgung war die gleiche schleppende wie in den Vormonaten. Die erhöhten Rohmaterialpreise, Löhne und Untkosten zwangen zu einer Steigerung der Verkaufspreise. Die Ausfuhr geht zurück, da neue Aufträge nicht hereingeholt werden können, weil mit den neuen Preisen die Weltmarktpreise überschritten sind.

In der Tapetenindustrie ist teilweise Verschlechterung der Beschäftigungslage eingetreten. Die Rohstoffverföorgung ist wohl etwas besser geworden, aber noch keineswegs befriedigend. Die Preise sind erhöht worden. Die Ausfuhr leidet unter Ueberangebot und Bedarfsrückgang.

Im Buchdruckgewerbe haben sich die Verhältnisse, soweit Zeitungsdruck in Betracht kommt, verschlechtert. Freigewordene Arbeitskräfte können aber nicht ohne weiteres in der Buchdruckerei untergebracht werden. Die erhöhten Gesehungskosten erforderten einen tarifmäßigen Preisausschlag ab 27. März von 30 v. H.

Bei der Kalenderblock-Konvention ist die Beschäftigung die gleiche geblieben. Die Nachfrage nach Kalendern ist wegen des frühen Zeitpunktes noch schwach. Die Ausfuhr geht zurück. Der Grund wird in den hohen Ausfuhrabgaben sowie in den Zöllen und Einfuhrverboten gesehen.

Im Steindruckgewerbe hat der gute Beschäftigungsgrad angehalten. Die Rohstoffverföorgung ist schlecht geblieben. Die Verkaufspreise wurden erhöht.

Bei den chemographischen Anstalten und Kupferdruckereien zeigt die Beschäftigung langsamen Rückgang, offenbar verursacht durch die Unsicherheit der weiteren wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Außerdem drücken die notgedrungen erhöhten Preise auf die Abnehmer. Die Rohstoffverföorgung ist immer noch sehr unregelmäßig. Wichtige Chemikalien, ganz besonders aber Papier, fehlen oder sind nur mit längeren Lieferfristen und zu frei-

Sein Eiland.

Erzählung von H. Ger.

Ein kleiner Punkt war es nur in dem Blau der Gewässerartere der Umgebung Groß-Berlins. Wäre er nicht von leichten Schrafferungen umgeben gewesen, die dem Kenner anzeigten, daß dort einer über den Wasserpiegel empotragnenden Stelle noch leichte Uferstreifen vorgelagert waren, man hätte ihn als einen versehenlich auf die Karte geratenen kleinen Farberipriher halten können. Tausende von Ausflüglern, die diese Karte bei geplanten Dampferpartien zur Hand nahmen, um sich über die Gegend zu orientieren, sahen über ihn hinweg; eine noch größere Zahl sah ihn überhaupt nicht. Und doch bedeutete dieser winzige Fleck für Heinrich Lindner und seine Tochter Charlotte ein Eiland des Glückes.

Schon als junger Tischler- und Drechslermeister und Mitinhaber der Firma Lindner und Brödel hatte Lindner dieses Inselchen entdeckt, ohne jedoch zu ahnen, was es ihm für seine alten Tage werden sollte.

Lindner war der Sproß einer alten Berliner Tischlerfamilie. Großvater und Vater hatten bereits in kleiner Kellnerwerkstatt sogenannte Kundenarbeit gemacht. Nach nicht der Schule entwachsen, wurde der junge Heinrich schon von seinem Vater in der Kunst des Hobelns und Leimens unterrichtet. Bei der Vielseitigkeit der übernommenen Aufträge war auch oft Drechslerarbeit nötig. Um damit nicht erst aus dem Hause laufen und warten zu müssen, bis man das Benötigte bekam, mußte Heinrich neben der

Tischlerei auch noch bei einem befreundeten Drechslermeister in zweijähriger Lehrzeit die Drechserei erlernen.

Nach des Vaters Tode nahm Lindner seinen Schulfreund Brödel, der ebenfalls Tischlerei gelernt hatte, als Kompagnon in sein Geschäftchen auf. Das war kein Glücksgriff, denn die beiden Männer paßten, wie sich das im Laufe der Zeit mehr und mehr erwies, schlecht zusammen. Lindner hatte von seinen Vorfahren den ruhigen, genügsamen Geist des Kleinbürgerkerns geerbt. Er war zufrieden, wenn das Geschäftchen soviel abwarf, daß er einen einfachen bürgerlichen Haushalt führen und einige Erparnisse zurücklegen konnte. Nach der Arbeit der Woche war es im Sommerhalbjahr sein größtes Vergnügen, Sonntags in seinen Kahn zu steigen, damit nach einer hübschen, lauschigen Stelle des Stromlaufes zu fahren und dort zu angeln.

Brödel war anders geartet. Er hatte beständig den Kopf voll Projekte, die weit über den Rahmen des Geschäftes, wie es bis dahin betrieben worden war, hinausgingen. Wo sich eine Ausstellung auftrat oder irgendwelche Dinge zu sehen waren, die in das Fach einschlugen, da rannte er hin, besah alles aufs genaueste, zeichnete heimlich ab und machte eigene Entwürfe. Hatte er wieder einen neuen Plan fertig, suchte er mit allen Künsten der Ueberredung seinen Kompagnon dafür zu gewinnen.

Doch Lindner mochte von größeren Unternehmungen, die Sorgen und Aufregungen mit sich brachten, nichts wissen; sein stilles, friedliches Leben ging ihm über alles.

„Der Mensch soll zufrieden sein, wenn er sein Auskommen hat.“ erwiderte er auf das Drängen Bröhels nach Vergrößerung. „Was hat das Hasten und Jagen für einen Sinn? Wenn wir uns vergrößern, reiken wir an uns, was anderen bisher eine Erstgeng ermöglichte. Mein seliger Vater hat oft zu mir gesagt: Die Großtoren nimm dir nicht zum Muster, Heinrich. Um groß zu werden, muß man froh sein, und alles um sich herum niedertrampeln, und ein Gewissen darf man schon gar nicht haben. So was ist nicht jedem Menschen gegeben, und Glück muß bei alledem auch noch dabei sein. Die Hochgekommene sieht man, aber die vielen, die es ihnen nachmachen wollten, und dabei statt hochzukommen ganz zugrunde gegangen sind, die sieht man nicht.“

Durch diesen Gegensatz in der Lebensauffassung ging die Freundschaft der beiden Männer in die Brüche, und an ihre Stelle traten Entfremdung und Veröitterung. So schleppte sich das Verhältnis hin, bis der einzige Sohn Lindners, Gustav mit Namen, in die Jahre der Mannbarkeit trat.

Was ihm beim Alten nie gelungen war, das glückte Brödel bei dem jungen unternehmungslustigen Gustav um so besser. Dieser war Feuer und Flamme für die Ansichten Bröhels, der wieder mit einem groß angelegten Plan schwanger ging.

„Spezialität ist die Lösung der Zeit.“ behauptete Brödel. „Man muß sich auf einen Spezialartikel werfen und diesen unter Zuhilfenahme der größten Arbeitsleistung und aller nur denkbaren Maschinen und Hilfsmittel so gut und billig herstellen, daß keine

faktoren, die Wegweisenden dem neuen Ziel entsprechend auszubilden". An sich ist dies durchaus richtig. Auch kann der Behauptung zugestimmt werden, daß die Betriebsräte Schulen nicht immer die für die Führerausbildung geeigneten Institute sind. Jedoch liegt dies weniger daran, daß „hier und da“ die Betriebsräteschulen noch viel zu oberflächlich ist, was ebenfalls zugegeben werden kann, als vielmehr daran, daß in den Lehrgängen für Betriebsräte von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen werden muß als bei der Ausbildung von Gewerkschaftsführern.

Vorerst sei aber noch auf einen grundsätzlichen Einwand hingewiesen, der gegen das Wörtchen „vorneher“ erhoben werden kann. Es ist eine alte Behauptung, daß die „Führer“ immer mehr und mehr der Denks- und Gefühlswelt des im Betriebe stehenden Arbeiters entrückt werden. Mehr als je ist in den letzten Jahren diese Klage zur Anlage geworden. Viele innere Streitigkeiten in den Organisationen sind auf die Behauptung zurückzuführen, daß Massen und Führer sich innerlich voneinander entfernten. Hierbei muß der Umstand in Rechnung gestellt werden, daß durch den ungeheuren Mitgliederzuwachs eine große Menge von Arbeitern in die Gewerkschaften hineingeströmt ist, die bisher aller gewerkschaftlichen Schulung entbehren. Sie haben die harten Zeiten des Existenzkampfes ihrer Verbände nicht miterlebt und stehen deshalb zu ihnen und ihren Führern nicht in dem Verhältnis, wie es sich aus der Grundidee der Solidarität und des gegenseitigen Vertrauens ergeben sollte. Abgesehen davon aber bleibt noch eine Strecke innerer Entfernung übrig, die aus dem Zustrom bisher wesenfremder Elemente allein nicht zu erklären ist und deren Grundursache darin liegt, daß der weitaus größte Teil der Massen die Zusammenhänge zwischen Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsorganisation noch nicht erkennt. Sie überschauen auch allzusehr die Grenze gewerkschaftlicher Machtmittel und fordern von ihren Organisationsleistungen, die nicht bewältigt werden können, weil die ihnen entgegenstehenden Widerstände nicht durch Lohnkämpfe oder politische Generalstreiks überwunden werden können. Diese Tatsachen zwingen zu dem Schluß, daß neben der von Thomas in den Vordergrund gestellten Führerschulung eine ebenso intensive und umfangreiche Ausbildung der Mitglieder dringendes Zeitverfordernis ist.

Dabei taucht die Frage auf, ob überhaupt Führer- und Massenschulung in ihrer Durchführung scharf voneinander getrennt werden dürfen. Sobald man von der mechanischen Begriffsbestimmung des Führers als den hauptsächlich angestellten Funktionär absteht, werden die Grenzen zwischen dem als „Führer“ und dem als „Mitglied“ zu betrachtenden Gewerkschaftsangehörigen unklar. Es gibt Mitglieder, deren Vorbildung, gewerkschaftliche Erfahrung und deren moralische Qualifikation durchaus denen eines

vorbildlichen Führers entsprechen. Oft sind sie auch ehrenamtlich in Stellungen tätig, die als Führerpositionen gewertet werden können. Selbst aber, wo dies letzte nicht zutrifft, kann man sie unmöglich schlechtbin der „Masse“ hinzurechnen. Demgegenüber gibt es bediente Funktionäre, auf die das Wort zutrifft: „Es ist leider so, daß die Gewerkschaften bei dem großen Aufschwung, den sie nach der Revolution erlebten, zu Leuten greifen mußten, die auch nicht im entferntesten den geistigen Ansprüchen genügten.“ Dies sind diejenigen unter den „Führern“, die noch einer gründlichen Elementarschulbildung bedürftig sind.

Es kommt also darauf an, nicht „vorneher“ die Führer und später die Mitglieder auszubilden, sondern die Arbeit auf der ganzen Linie in Angriff zu nehmen unter Beachtung der besonderen Erfordernisse beider Gruppen. Wenn gründliche Arbeit geleistet werden soll, muß die Führerbildung und Massenschulung Hand in Hand gehen. Selbstverständlich darf die neue „Massenbildung“ nicht in die Fehler der alten Massenabfütterungen verfallen. Sie muß in kleinen Kursen betrieben werden, unter Verwendung aller erprobten neuen pädagogischen und methodischen Prinzipien. Hierfür eignen sich sorgfältig und planmäßig aufgebaute Betriebsräteschulen am besten. Sie sind ihrer ganzen Anlage nach in erster Linie Wirtschaftsschulen. Sie sollen durchaus nicht etwa nur Betriebsräte zu ihren Hörern zählen, sondern alle bildungsbestrebten Arbeiter.

Jede planvoll geleitete Betriebsräteschule bedarf einer sorgfältigen Lehrberatung, um ein planloses Herumhasteln der Schüler in verschiedenen Fächern zu verhüten und einen systematisch aufgebauten Studiengang jedes einzelnen Hörers zu ermöglichen. Hier ist zugleich der Berührungspunkt zwischen der Betriebsräteschule und der Führer- und Massenschulung. Man wird mit Hilfe der Lehrberatung die gänzlich Unvorgebildeten in die Vorbereitungslehrgänge der Massenschule und die bereits geistig qualifizierten in die Führerschule entsenden.

In den beiden Schulgattungen werden oftmals die gleichen Probleme zu behandeln sein. Jedoch wird die Gruppierung des Lehrstoffes hier anders sein wie dort und die Methodik des Unterrichts, sowie die pädagogischen Mittel werden voneinander abweichen. So wird in der Betriebsräteschule der Betrieb und der Arbeiter des Betriebes Ausgangspunkt des gesamten Unterrichts sein müssen. Von hier aus sind die Zusammenhänge aufzudecken und die Fragen der Betriebs- bzw. Volkswirtschaft zu behandeln. In der Führerschule aber hat die Berufs-, bzw. Wirtschaftsorganisation im Mittelpunkt der Unterrichtsmethode zu stehen oder als Ausgangs- bzw. Anknüpfungspunkt zu dienen.

Thomas weist weiter auf die fortschreitende Rationalisierung der Betriebe und die damit verbundenen Gefahren hin, so lange die Arbeitnehmer den Rationalisierungsbestrebungen verständ-

nisslos gegenüberstehen. Er sagt dann: „Wenn nur in jedem Betriebe einige Arbeiter, Angestellte und Beamte sind, die das Ganze übersehen, so ist damit schon viel geholfen. Aber diese zu erziehen, sie heranzubilden, bleibt einzig Aufgabe der Gewerkschaften.“ Der neue Entwicklungsabschnitt, in den die deutsche Gewerkschaftsbewegung eingetreten ist, stellt uns jedoch, über die von Thomas angeführte Rationalisierung hinaus, vor eine Reihe von wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben, die nur bewältigt werden können, wenn die Organisationen in eigenen Schulen Führer und Mitglieder selbst durchbilden. Hier zeigt sich auch die Grenze zwischen den von den Gewerkschaften selbst errichteten und den von staatlicher Seite ins Leben gerufenen Bildungseinrichtungen. Die letzten müssen sich immer und unbedingt gegenüber den verschiedenen geistigen Strömungen im Staate „neutral“ verhalten. Die ersten jedoch werden die dem gewerkschaftlichen Leben zugrunde liegenden Gedanken in den Vordergrund zu stellen haben; ihnen erwächst die heute mehr als je dringliche Aufgabe, eine gewerkschaftliche Geistesbildung und eine spezifische Gewerkschaftswissenschaft zu gestalten.

Die Gewerkschaften erfüllen in ihrem Bildungswesen eine der gewaltigsten und schwierigsten Aufgaben der Gegenwart. Es wird noch geraume Zeit dauern, bis die besten und zweckmäßigsten Einrichtungen dafür gefunden werden. Eine allgemeine Bildungssteuer der Millionen ADGB- und AFA-Mitglieder wäre ein wesentlicher Schritt zur Förderung der Bildungsarbeit. Nur darf man sich nicht darauf beschränken, nur und allein die Schulung der Führer ernsthaft zu betreiben, sondern muß auch der Mitglieder- und Betriebsräteschulung erhöhtes Augenmerk zuwenden.

Fr. Friede.

Der Ausschuss des ADGB.

hielt am 2. und 3. Mai seine 17. Tagung ab. Zu Beginn dieser Tagung ehrte der Bundesvorsitzende Leipart zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen Otto Hue.

Sodann beschäftigte der Ausschuss sich mit dem Kampfe der Metallarbeiter in Süddeutschland. Einmütig gaben sämtliche Redner ihre Meinung dahin kund, daß es sich um einen Kampf handele, der nicht nur die Metallarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterkraft angehe. Der Ausschuss erkannte die große Bedeutung dieses Kampfes für die gesamte Arbeiterkraft an und sprach den im Kampfe stehenden Arbeitern seine vollen Sympathien aus. Er beschloß, die Gewerkschaftsvorstände aufzufordern, ungekürzt alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Kampf in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen und die von der letzten Ausschusssitzung für die Dänenhilfe festgesetzten Beiträge von 5 Mk. für jedes männliche und 3 Mk. für jedes weibliche Mitglied für den süddeutschen Kampf zu verwenden.

In seiner vorigen Tagung (28. und 29. März) hatte der Ausschuss den damals vorgelegten Entwurf über gemeinsame Regeln für die Füh-

Kopfe herum. Ein großes Gefühl des Unbehagens war seit dem Tode seiner Frau über ihn gekommen. In den Wohnräumen erinnerte ihn jedes Stück an den herben Verlust, den er erlitten, und die Kellerwerkstatt erschien ihm jetzt, nachdem er einige Jahre in den lichten Parterreräumen gewohnt hatte, unfreundlich. Er fühlte, ihm tat eine Veränderung not, wenn er die trüben Gedanken, die ihn jetzt ununterbrochen verfolgten, los werden wollte. Bei diesem Sinnieren fiel ihm das Eiland ein, an dessen Schiffsrand er bei seinem Angeln oft gesessen hatte. Ja, da draußen in der freien Natur sein, das würde ihm wohl tun und seinem Vottchen erst recht. Keine, staubfreie Luft müßte sie haben, hatte der Doktor gesagt. Wo konnte es die besser geben als auf dem Wasser?

Nachdem diese Vorstellungen Lindner einmal bekommen waren, wichen sie nicht mehr von ihm, beherrschten ihn täglich mehr. Die Zeit war günstig, das Sommerhalbjahr stand bevor, das konnte man gleich mal wahrnehmen. Noch mehrmals überlegte er den ganzen Plan reiflich, aber er fand ihn immer wieder gut, und so machte er sich an dem nächsten Sonntag auf den Weg, um mit den Besitzern des Inselchens, einer kleinen Fischergehilfenfamilie, wegen des Ankaufes des Eilandes zu verhandeln. Mit dem Vorsitzenden der Genossenschaft, den er schon seit diesen Jahren kannte, da er jedes Frühjahr bei ihm eine Angelfarte gelöst hatte, wurde er bald handels-einig. Auch die Genossenschaftler gaben alle ihre Zustimmung, worauf die gerichtliche Uebertragung des Eigentums an Lindner erfolgte. Gleichzeitig mit dem Eiland erwarb er die Anlegerechtigkeit hart um

das Inselchen herum und auf einem Streifen von hundert Metern Länge an dem benachbarten Ufer.

Als Lindner nach der grundsätzlichen Re-auslieferung zum ersten Male mit seinem Kahn am Gestade des Eilandes anlegte und seinen Fuß auf die Erwerbung setzte, wurde ihm eigentümlich, geradezu feierlich zumute. Er stand auf seinem eigenen Boden, er hatte ein Besitztum, von dem ihn niemand vertreiben konnte. Hier war er Herr und konnte sich eine kleine Welt nach seinem Geschmack schaffen.

Die kleinere Hälfte der Insel lag so hoch, daß sie auch bei höchstem Wasserstande noch trocken blieb. Hier hatte sich eine breitläufige Eiche angesiedelt. Unter sie würde er sein Sommerhäuschen setzen, und dahinter, unter die Gruppe der Weiden mit den zarten, lang herunterhängenden Zweigen, sollte seine lustige kleine Werkstatt zu stehen kommen. Den Sommer über wollte er für seine alte Kundschaft nur Drechlerarbeiten machen. Dazu brauchte er nicht viel Platz, und das Heraus-schaffen der leichten Drechlerbank im Frühjahr, wie ihr Zurückbringen im Herbst macht keine Schwierigkeiten. Jetzt war alles noch taub, und das Rohr stand gelb und vertrocknet da, aber wenn ein frischer grüner Schilfgürtel das Eiland umgab und die Blätter an den Ästen der Eiche und Weiden herdoorfamen, sollte auch die geplante kleine Bauhütte fertig sein. Dann würde er sein Vottchen mit hinausnehmen und ihr die Herrlichkeit zeigen. Bis dahin wollte er das ganze Werk vor ihr geheimhalten.

Nach diesem Plane ging Lindner an sein Werk.

Ein wahrer jugendlicher Feuerkerf kam über ihn. In seinem ganzen Leben hatte er immer nur für andere gearbeitet, Dinge angefertigt, die anderen Freude machten. Zum ersten Male schuf er etwas zu seinem eigenen Ergötzen. Ein ganz schmuckes kleines Schweizerhäuschen sollte es werden, für das er selbst die Zeichnung angefertigt hatte. Nur das Holzgerüst mit den Balkenlagen und dem Dache ließ er von einem Zimmermann anfertigen. Die Holzverkleidung außen und innen übernahm er selbst; denn die hätte ihm doch niemand so sauber ausgeführt, wie er sie haben wollte und sich selbst machte. Und über all der Geschäftigkeit fühlte er, wie wohl ihm diese Ablenkung tat, wie der dumpfe, finstere Druck, der nach all dem Unglück auf seiner Seele gelastet hatte, allmählich wich und eine freiere und freudigere Empfindung wieder in ihm aufkam.

Während des Bauens noch ließ Vater Lindner den tiefer gelegenen Teil des Eilandes mit einer großen Kahnladung guter Erde aufhühen. Hier wollte er seine Kartoffeln bauen, Gemüse ziehen und köstliche Beeren für sein Vottchen. Wenn sie dann in dem offenen Vorbau ihres Schweizerhäuschens saßen, hatten sie die Anpflanzungen vor sich und konnten sich an ihrem Wachstum und Heranreifen erfreuen.

Als das Häuschen mit einer anstoßenden kleinen Küche fertig stand, ruderte Vater Lindner an einem warmen, köstlichen Frühlingssonntage mit seiner Tochter hinaus auf den breiten seerartigen Strom.

(Fortsetzung folgt.)

rung und Unterstützung von Streiks an die deren Ausarbeitung eingesezte Kommission zurückverwiesen. Die Kommission legte nunmehr einen neuen, in verschiedenen Punkten abgeänderten Entwurf vor. Auch dieser hatte eine längere Auseinandersetzung zur Folge. Er wurde jedoch mit einigen Änderungen angenommen und soll nunmehr dem Gewerkschaftskongress vorgelegt werden.

Über den vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Entwurf zu einem Arbeitsgerichts-gesetz sprach Genosse Hermann Müller. Dieser wies nach, daß die Regierung von allen guten Geisern verlassen gewesen sein muß, als sie in sicher Weise noch mehr Zündstoff anhäufte. Der Redner wandte sich besonders gegen die Herabsetzung der bisherigen Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die darin liege, daß der Reichsjustizminister Radbruch auf dem Parteitage zu Görlitz sich noch gegen die Angliederung dieser Gerichte an die ordentlichen Gerichte ausgesprochen und später eine gegenteilige Meinung kundgegeben habe. Die Gewerkschaften müßten es ablehnen, dem Reichsjustizminister auf diesem Wege zu folgen. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Der vom Arbeitsministerium vorgelegte Referentenentwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes findet nicht die Zustimmung des Ausschusses des ADGB.“

Der Entwurf will die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Sondergerichte beibehalten und Arbeitsgerichte bilden, die den Amtsgerichten angegliedert sind.

Zur Begründung dieser Umstellung wird angeführt, daß damit eine nicht nur von politischen Einflüssen freie, sondern auch eine sachkundige Geschäzts- und Prozeßleitung gesichert werde, daß auch die Eingliederung der neuen Arbeitsgerichte auf die ordentlichen Gerichte und ihre Rechtspflege in sozialer Hinsicht einen überaus segensreichen und belebenden Einfluß ausüben und sie mit Verständnis für soziale Fragen erfüllen werde. Auch finanzielle Gründe werden geltend gemacht.

Der Ausschuß stellt demgegenüber fest, daß die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sich im allgemeinen das volle Vertrauen aller beteiligten Kreise erworben haben. Er stellt weiter fest, daß eine Reform der ordentlichen Gerichte allerdings dringlich geboten ist, legt aber entscheidenden Wert darauf, daß diese Reform mit der Auslieferung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an die ordentlichen Gerichte begonnen werden soll.

Auch den Grund, daß durch die notwendige Verallgemeinerung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte unerschwingliche Kosten entstehen würden, kann der Gewerkschaftsausschuß nicht gelten lassen. Schlichtungsordnung, Tarifgesetz und Arbeitsnachweisgesetz sehen ein dichtes Netz von Sozialbehörden vor. Mit diesen lassen sich die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ohne erhebliche Kosten verbinden.

Für unannehmbar erklärt der Ausschuß auch die geplante Zulassung der Rechtsanwälte zu den Arbeitsgerichten.

Die aus den Gewerkschaften eingegangenen Anträge zum Gewerkschaftskongress lagen dem Ausschuß im Abzug vor. Da es wegen der Menge der Anträge nicht möglich war, sie schon in dieser Sitzung mit der erforderlichen Gründlichkeit zu besprechen, verlagte der Ausschuß die Aussprache darüber bis zur nächsten Tagung.

Genosse Leipart berichtete kurz über den Internationalen Gewerkschaftskongress. Der Bericht wurde von Genossin Hanna hinsichtlich der Verhandlungen über die Beziehungen zum Internationalen Arbeiterinnenbund und vom Kollegen Hauelsen über die Beratungen der internationalen Berufssekretäre ergänzt.

Berichte.

Hamburg-Altona. In der Mitgliederversammlung vom 24. Mai berichtete Kollege Hein in ausführlicher Weise von der, wie er betonte, fruchtbringenden Tätigkeit der Delegierten auf dem Verbandstage. Ergänzt wurden seine Ausführungen von Lange und Konradt.

Zum Punkt „Lohnbewegung“ gab Hein einen kurzen Bericht über den Streit bei den Reichardt-Werken. In Zukunft darf die Lohnregulierung der dort beschäftigten Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen nur durch unsere Organisation erfolgen. Die für die Streitenden neben der statutarischen Unterstützung festgesetzten Vorkaufschüsse wurden von der Versammlung genehmigt. Hein wies auf die bevorstehenden Lohnverhandlungen hin. Sehr viel Arbeit muß noch in der Kartonnagenindustrie geleistet werden, da es dort mit den Löhnen noch am allertraurigsten aussieht. Die Agitation in diesen Betrieben hat in letzter Zeit sehr gute Früchte gezeitigt, so daß auch hier die Hoffnung besteht, daß in kürzester Zeit für die Kartonnagenarbeiter bessere Verhältnisse einziehen werden. Unsere Forderung auch für die Kartonnagenindustrie muß sein mindestens Gleichstellung mit Berlin. Eine lebhaft diskutierte setzte ein, in der

für alle Redner betonten, daß sich die neuen Lohnsätze unbedingt den wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen müssen, wenn man Konflikte vermeiden wolle. Ein Jugendlicher sprach sich dahin aus, daß man bei den kommenden Verhandlungen auch die Lehrlinge berücksichtigen müsse, da das für dieselben beachtende sogenannte Kofigeld überhaupt nicht mehr mit den Teuerungsverhältnissen in Einklang zu bringen sei. Eine im Sinne der Diskussion liegende Entschließung fand einstimmige Annahme.

München. Die Kartonnagenarbeiterchaft nahm in der am 16. Mai abgehaltenen Branchenvorstellung Stellung zum neuen Lohnabkommen. Allgemein kam eine große Unzufriedenheit über das getätigte Abkommen zum Ausdruck. Den Grund der Unzufriedenheit erblickt unsere Kollegenchaft namentlich darin, daß entgegen der seit Jahren vertretenen Forderung auf Gleichstellung der Entlohnung mit der Buchbinderarbeiterchaft immer wieder ein Zurückweichen vor dem Unternehmertum festzustellen ist. Wenn auch für die Kolleginnen in der ältesten Lohnstufe eine Gleichstellung erreicht ist, so steht dem gegenüber die Tatsache, daß in der Entlohnung der Mehrzahl der Arbeiterinnen ein Abbau insofern zu verzeichnen ist, als die Spannung zwischen der Entlohnung in Buchbindereien und den Kartonnagenbetrieben durch das letzte Lohnabkommen ganz bedeutend erhöht wurde. Die Entlohnung der Facharbeiter in der Spitze steht nach wie vor hinter der in der Buchbinderbranche zurück. Eine Berechtigung hierfür liegt nicht vor. Daß die Kartonnagenarbeiterchaft gegenüber dem Abkommen für die Buchbindereien zwei Wochen länger auf den notwendigen Lohnausgleich warten muß, empörte die Münchener Kartonnagenarbeiterchaft ganz besonders. Die Versammlung beschloß, folgende Resolution dem Verbandsvorstand und dem Tarifausschuß zuzuleiten:

„Die zahlreich versammelte Münchener Kartonnagenarbeiterchaft erhebt entschiedenen Protest gegen das letzte in Geheimnis getätigte Lohnabkommen. Erneut richten die Versammelten an den Verbandsvorstand und den Tarifausschuß die Forderung, beim kommenden Lohnabkommen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die restlose Gleichstellung der Kartonnagenarbeiterchaft mit der Buchbinderbranche in der Frage der Entlohnung durchzusetzen. Ferner fordern die Versammelten, daß das neue Lohnabkommen im Endtermin nicht länger läuft als das Abkommen für die Buchbindereien. Die Münchener Kartonnagenarbeiterchaft ist der festen Überzeugung, daß die Kartonnagenfabrikanten diese nach jeder Seite gerichteten Forderungen bei nur einigermaßen gutem Willen leicht in die Tat umsetzen können. Die Versammelten sind jederzeit bereit, den nötigen Nachdruck hinter ihre Forderungen zu setzen.“

Rundschau.

Wiederaufbau der Volksgesundheit. Die seelischen und wirtschaftlichen Erschütterungen des Weltkrieges haben in unserm Volke leibliche und seelische Krankheiten von erschreckendem Ausmaß hinterlassen. Wenn es eine einwandfreie Statistik über Zahl und Art der körperlich Kranken geben würde, auch das härteste Gemüt müßte davor erschrecken. Alle Kräfte sollten daher eingesetzt werden, um namentlich die Volksgeheimen Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Rachitis und andere Wirkungen des Hungerkrieges zu bekämpfen.

Neben der öffentlichen Gesundheitspflege wie der hygienischen Belehrung der Volksgenossen ist die Sozialversicherung, und als ihr breitetes Fundament die Krankenkassen, Trägerin des Wiederaufbaues der Volksgesundheit. Ihre Arbeit wird von der heutigen Generation derart als Selbstverständlichkeit empfunden, daß man ihr Wirken im Volke und vor allem in der Arbeiterschaft kaum beachtet. Gutes, das man aus Gewohnheit unbeachtet läßt, geht leicht verloren. Die Wahrheit ist, daß die Krankenkassen ihrer Aufgabe, die Volksgesundheit zu pflegen, nicht mehr gewachsen sind; die Verhältnisse sind ihnen über den Kopf gewachsen. Die Krankenpflege, neben dem Krankengeld die wichtigste Leistung der Krankenversicherung, ist zu einem kläglichen Stückwerk, zu einem Zerbrochenen sozialer Fürsorge geworden. Der Krankenpatient wird das Opfer einer kläglichen und absurden Massenabfertigung durch den Rezipienten und Krankenscheine schreibenden Arzt. Während des Krieges schrieben Ärzte jeden Krüppel etc., bewiesen dem Volke haarfein, wie überflüssig Fleisch, Fett, Milch, Eier und sonstige kräftige Nahrung eigentlich sei. Warum? Weil es von oben her so verlangt wurde. Jetzt schreiben Ärzte jedoch, der es wünscht, krank, verordnen ihm alle verlangten „Stärkungsmittel“, und selen es die wertvollsten, auch nicht aus innerer wissenschaftlicher Überzeugung, sondern — weil es der unerbittliche Konkurrenzkampf des überfüllten Berufs so verlangt. Vor dem Kriege kamen auf 70 Millionen Einwohner 34 000 Ärzte, jetzt auf 80 Millionen 36 000. Der Zuwachs betrug im letzten

Jahre 3876; an den deutschen Universitäten studieren außerdem 22 000 Menschen Medizin, die in den nächsten Jahren Ärzte in Deutschland werden wollen. Die Parole lautet: Krankspatienten um jeden Preis erlangen; je größer ihre Zahl, um so größer das Einkommen. Das Ergebnis ist: ein kleiner Teil der Ärzte hat eine große Praxis, die anderen — schimpfen auf die niedrigen Kassenhonorare. Einzelne Kassenzurzte verdienen jährlich Hunderttausende, andere bezüchen Arbeitslosenunterstützung. Der Arzt, der dreißig, vierzig, fünfzig Patienten — jeden zu 10 Mk. Honorar — in einer Sprechstunde an sich vorbeimarschieren läßt, ist ein Automat, der Anweisung auf Krankengeld und Medizinischen hergibt, aber kein Krankenbehandler. Bei ganz betriebelamen Herren kann man den Schein auch haben, ohne den „Arzt“ gesehen zu haben.

So dient die Krankenpflege in vielleicht der Hälfte der Fälle dem Zweck, eine Anweisung auf etwas zu erhalten, das die Krankenkasse bezahlen muß. Millionen werden jährlich verschleudert, aber bei ernstlichen Erkrankungen muß die Kasse sparen, kostspielige Kuren kann sie nicht gewähren. Die Kassennutglieder fühlen sich als Patienten zweiter Klasse behandelt. Die vielen tausend Ärzte liegen ständig mit der Krankenkasse in Streit um die Honorare, und die Kasserverwaltung kann mit noch so hohen Beiträgen kaum die ständig wachsenden Ausgaben bestreiten.

Der Arzt, der vor dem Kriege 150 Mk. für den Besuch erhielt, bekommt jetzt dafür 20 Mk., ein Rezept, das früher 1,20 Mk. kostete, muß nun mit 30 Mk. bezahlt werden. Ein Tag Krankenhauspflge kostete ehemals 3 Mk., jetzt 80 Mk. Während der Vorkriege vor dem Kriege bei 6 Mk. Tagelohn 3 Mk. Krankengeld erhielt, wird er jetzt bei 150 Mk. Tagelohn mit 30 bis 40 Mk. abgeseht. Das Krankengeld ist ein Lugus, den sich die meisten nicht mehr erlauben dürfen. Würden die Krankengelder auf die notwendige Höhe gebracht, dann würden sich soviel Verstärkte krank melden, daß die Krankenkassen in 14 Tagen Konkurs machen müßten.

So geht das nicht weiter! Die Krankengelder müssen erhöht, alle Leistungen für wirklich Kranke bereitgestellt, auch Ärzte, Pflegerinnen und Angehörige angemessen bezahlt werden. Alles das kann geschehen, wenn die Kassen nicht mehr gezwungen sind, der maßlosen Vergeudung ihrer Mittel mit gebundenen Händen zuzusehen. Dazu bedarf es einer Veränderung der Gesetzgebung, die den Selbstverwaltungskörpern der Krankenversicherung das Recht gibt, Art und Umfang der Krankenpflege selbst zu bestimmen.

Die Arbeiter haben eine Zweidrittelmehrheit im Vorstand und im Ausschuß der Krankenkasse. Laßt sie selbst bestimmen, wie die Leistungen der Kassen aussehen sollen! Die Gesetzgebung lasse auch den einzelnen Kranken selbst bestimmen, welchen Arzt er konsultieren, welche Heilmittel er auf Anraten des Arztes benutzen will. Die Krankenkasse soll ihm entweder die unentgeltliche Benützung aller Krankengeldleistungen auf ihre Kosten auswirken, oder sie soll ihm das Geld dafür nach Maßgabe der eingezahlten Beiträge zur Verfügung stellen. Welche Form zu wählen ist, ob Bar- oder Sachleistung, das überlasse der Gesetzgeber getroßt der Einsicht und der Selbstverwaltung der Versicherten und Arbeitgeber.

Dann kann der Arbeiter wieder als Privatpatient auftreten, zum Arzt seines Vertrauens gehen und nicht zu dem Krankenschreiber. Die Krankenkassen hätten dann auch die Mittel, sofort die Krankenpflege für die Familie einzuführen, wo sie noch nicht besteht, sie könnten müttergütige Untersuchungsstationen einrichten, Pflege in Genesungshäusern und Erholungsstätten geben und den Volkstrankheiten mit aller Macht zu Leibe rücken.

Darum freie Bahn für die Fortentwicklung der Krankenversicherung durch schnelle Änderung der Reichsversicherungsordnung!

Der Kampf gegen die Genossenschaften. Die Genossenschaften aller Art sind den Händlertreffen recht unbequem, da sie in hohem Maße ausgleichend und vereinsamend auf die Warenverteilung einwirken. Man ist besonders an den Getreidebörsen nicht mehr so recht unter sich und kann deshalb die Preise nicht mehr beliebig in die Höhe treiben. Man kann nicht mehr reiflos vorhandene Vorräte einsperren und an den Märdten einen scheinbaren Mangel an Ware herdarren. Der Bund Deutscher Getreide-, Mehl-, Saaten-, Futtermittel- und Düngemittelhändler hat eine außerordentliche Tagung abgehalten, auf der hauptsächlich über die Buchergerichte Klage geführt wurde. Man wies vor allem darauf hin, daß die Laienbeisitzer häufig Freispre und Schlichter seien, denen die Möglichkeit fehlt, Reichsgerichtsurteile zu verstehen und dementsprechend sich genügende Klarheit über die jeweils

vorliegende abzuurteilende Sache zu verschaffen. Das Reichsgerichtsurteil anerkennend, so sind sich nicht nur Laien, sondern auch Juristen darüber einig, daß diese nur in seltenen Fällen zu verstehen sind, da die Gedanken nach alter Tradition in ellenlange gefüllte Perioden eingeleidet werden. Die Laienbedürfnisse bedürfen aber durchaus nicht der Reichsgerichtsurteile, um zu erkennen, ob Wunderfälle vorliegen. Sie wissen als Konsumenten aus eigener Erfahrung, wie jede Notmarktlage vom Handel zur Ueberverteilung sehr oft ausgeübt wird. Ihr Urteil wird deshalb in den meisten Fällen das Richtige treffen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im heutigen Deutschland die Warenverteilung viel zu umständlich funktioniert, und daß die Waren auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten durch viel zu viele Hände gehen, die natürlich alle gut verdienen wollen. Das Aufblühen des Genossenschaftswesens in der jüngsten Zeit ist gerade darauf zurückzuführen, daß Produzenten wie Konsumenten die Nachteile dieses Zustandes erkannt und zur Selbsthilfe gegriffen haben. Daß Erzeuger und Verbraucher den direkten Weg zueinander fanden, bedeutet unter heutigen Verhältnissen, wo eine ökonomische Wirtschaft mehr denn je geboten ist, zweifellos einen Fortschritt. Der Handel hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er dabei zu kurz kommt. Man darf nicht vergessen, daß die Genossenschaften freiwillige Organisationen sind, deren Existenzberechtigung in der Praxis längst erwiesen ist. Die Genossenschaften bilden an der Maschinenrie des Warenmarktes einen wertvollen Regulator, der sehr häufig die Konsumenten wie die Produzenten vor einem übermäßigen Druck kapitalistischer Handelstreife schützt. Sie dienen also dem Gemeinwohl und haben deshalb Anspruch auf Pflege und Schutz.

VWB. Ausländisches Kapital für die deutsche Wirtschaft. Auf der Hamburger Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat der bekannte Bankier Max Warburg auf die Gefahr der großen Geldknappheit hingewiesen und dabei die Heranziehung ausländischen Kapitals für die deutsche Wirtschaft ganz besonders erörtert. Die Ausführungen Warburgs zeigen, daß unter dem Druck der Verhältnisse sich die Auffassungen gewisser Kreise über die Gefahr der Ueberfremdung der deutschen Industrie wesentlich gemildert haben. Bekanntlich hat man bisher sich immer bemüht, das Eindringen ausländischen Kapitals in die deutsche Wirtschaft durch Ausgabe von Vorzugsaktien mit mehrfachen Stimmrecht hintanzuhalten. Jetzt aber sucht man nach Mitteln und Wegen, eine Blutauffrischung durch fremdes Kapital zu ermöglichen und doch dabei einen zu weitgehenden Einfluß der Ausländer auf den Produktionsprozeß unmöglich zu machen. Ueber die Ursachen des jetzigen Kapitalmangels ist kaum noch ein Wort zu verlieren; kostbares Industriet Kapital ist im vergangenen Jahre auf dem Umwege über die Börse in die Taschen eines leichtlebigen Publikums geflohen und verpraht worden. Die Verschwendungssucht gewisser deutscher Kreise war nicht nur ein Faustschlag in das Gesicht amerikanischer und nordamerikanischer Wohltäter, die das Letzte aufboten, um die Ernährung der naitelnden deutschen Kinder zu heben, sondern sie erregte ganz allgemein im Auslande falsche Vorstellungen von der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und bildete einen Hohn auf die Beteuerungen unserer Regierung von der Erschöpfung der deutschen Leistungen, Fähigkeit. Jetzt fehlt der Industrie das Kapital, das von den Börsenspekulanten im vergangenen Jahr verschleudert wurde. Wenn die deutschen Produktionsmittel weiter ausgebaut und auf der Höhe der Zeit erhalten werden sollen, so ist das nach Lage der Dinge tatsächlich nur unter Heranziehung ausländischen Kapitals möglich. Große Kreditaktionen erfordern eine umständliche Vorbereitung und werden, wie das Beispiel der holländischen Rohstoffkredite gezeigt hat, von der Industrie gar nicht in dem Maße ausgenutzt, wie man es hätte erwarten sollen. Das mag daran liegen, daß es augenblicklich in der Hauptsache darauf ankommt, den Produktionsapparat durch Neubauten, Aufstellung moderner Maschinen, Abteufen neuer Schächte usw. zu erweitern und zu verbessern, wozu natürlich die Materialkosten fast ausschließlich im Inlande gekauft werden können. Man denkt jetzt vielmehr daran, das ausländische Kapital für den Markt der deutschen Aktien und Industrieobligationen zu interessieren. Tatsächlich finden schon seit geraumer Zeit fortgesetzt Auslandskäufe an den deutschen Börsen statt. Während sich diese früher in der Hauptsache auf deutsche Reichs-, Staats- und Stadianleihen erstreckten, betreffen sie neuerdings auch Schuldverschreibungen der Industrie und Aktien privater Unternehmungen. Besonders Interesse zeigt das Ausland für die Anteile solcher Aktiengesellschaften, die im besetzten Gebiet oder dessen nächster Nachbarschaft liegen, ferner für Hotelbetriebe in allen

Teilen Deutschlands und für die Aktien solcher Unternehmungen, die durch ihre früheren internationalen Beziehungen einen Weltruf genießen. Daneben werden auch die Aktien von Terraingesellschaften sehr gesucht. Ueberhaupt geht das Ausland darauf aus, in Deutschland Grund und Boden zu erwerben. So sind am Berliner Grundstücksmarkt in letzter Zeit auffallend viele Käufe für ausländische Rechnung getätigt worden. Nicht nur im Geschäftsviertel, sondern vor allem auch in den westlichen Vororten der Reichshauptstadt wurde von Nichtdeutschen großer Grundbesitz erworben. In Wilmsdorf haben Ausländer von einem 53 Nummern zählenden Häuserblock bereits 32 aufgekauft. Ein Holländer soll in den letzten Wochen allein für sich und seinen Bruder 126 Berliner Häuser aufgekauft haben. Ein Spanier kaufte in Steglitz einen Häuserblock von 29 Mietern. Hier zeigen sich sofort die Gefahren und Schattenseiten des Eindringens ausländischen Kapitals in die deutsche Wirtschaft. Die Öffentlichkeit muß auf diese Vorgänge aufmerksam gemacht werden, da hier bedeutende soziale Interessen auf dem Spiele stehen. Während einerseits die deutsche Wirtschaft nach Lage der Dinge tatsächlich auf die Zufuhr ausländischen Kapitals angewiesen ist, bestehen auf der anderen Seite ernste Ueberfremdungsgefahren, die man nicht leicht nehmen sollte. Man darf es nicht mehr den einzelnen Unternehmungen überlassen, wie sie sich gegen die Nachteile der ausländischen Kapitalbeteiligung schützen wollen, sondern es wird einer Regelung der Frage im Wege der Gesetzgebung bedürfen, damit bei aller Wahrung freier internationaler Wirtschaftsbeziehungen Schäden vermieden werden, die später vielleicht niemals mehr gutzumachen sind.

Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 29. Mai bei der Verbandskasse ein von:
Sau Rheinland-Westfalen 2732,92 Mk., Mannheim-Ludwigshafen 10 000 Mk., Wiesbaden 4000 Mk., Freiburg i. Br. 5500 Mk.
 Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Flensburg, Beer i. Ostf., Dänen, Jserlohn, Münster, Kaiserlautern, Kirchheimbolanden, Mainz, Saarbrücken, Halle a. d. S., Ilmenau, Schmalfelden, Weisensfels, Weihen, Zwickau, Göppingen. Fr. Lender.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Großenhain. B.: F. Bauer, Berliner Str. 20 II. K.: G. Gebhardt, Frauenmarkt 30 I.
Torgau. B.: A. Jöst, Bäderstr. 8. K.: W. Fachmann, Feldstr. 9.
Gummersbach-Ründeroth. B.: Gustav Schumacher, Ründeroth, Dfstr. 30. K.: E. Mißhaus, Ründeroth, Saure Wiese 4.

Sterbetafel.

Im Mai sind uns folgende Mitglieder als gestorben gemeldet worden:
Breslau. Gertrud Rlose, Papierwarenarbeiterin, 21 Jahre, Blinddarmentzündung.
 Frida Miferet, Papierwarenarbeiterin, 21 Jahre, Inneres Leiden.
Drieg. Gertrud Scholz, Buchbinderarbeiterin, 19 Jahre, Lungentuberkulose.
 — Karl Isler, Buchbinderhilfsarbeiter, 72 Jahre.
Dorimund. Lina Bader, Buchbinderarbeiterin, 22 Jahre, Rippenfellentzündung.
Grimma. Ella Cracau, Papierwarenarbeiterin, 27 Jahre, Lungenerleiden.
Suttgart. Frau Friederike Sannwald, Buchbinderarbeiterin, 74 Jahre, Altersschwäche.
Julius Richerer, Buchbinder, 69 Jahre, Schlaganfall.
Hannover. Max Müller, Buchbinder, 34 Jahre, Tuberkulose.
 Allen ein ehrendes Andenken!

ANZEIGEN

**Tüchtiger, zuverlässiger
 Ctuisarbeiter**
 annimmt als Vorarbeiter bei hohem Lohn in dauernder Stellung gesucht. Derselbe muß in der Lage sein, den Betrieb später selbständig zu leiten.
Dresdner Ctuisfabrik
 Dresden W 15, Bantzstraße.

**Tüchtige
 Ctuisarbeiter**
 auf Silber einrichtungen gesucht.
Fr. Doltermann & Sohn
 Hamburg I, Kreuzerstraße 10.

Jüngere Ctuisarbeiter
 für 1 in Dauerstellung bei gutem Lohn gesucht.
Dresdner Ctuisfabrik
 Dresden W 15, Bantzstraße.

**Buchbinder
 für Dreieckneider sowie
 Fadenbestreuerinnen**
 verlangt für dauernd
Holl Ludwig
 — Großbuchdruckerei —
 Berlin SW., Friedrichstraße 16

Anzeigen
 finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingeliefert ist.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Gelichtszweige.
 An Stelle des verstorbenen Kollegen Paul Hauptmann ist der Kollege **Gerwmann Weinschisch, Coblenz-Altmarkt, Schmalke 12**, zum Vorstehenden des Aufsichtsrats der Kasse gewählt worden.
 Der Vorstand der Kasse:
 Georg Binte. P. Glädter.

Paginererin
 durchaus tüchtige, gesucht
Robert Wilkens
 Berlin, Potsdamer Straße 110.

Maschinen-Falzerinnen
 stellt sofort ein
E. U. Enders, Leipzig.
 Kattlo, Wächertsch, Molestin, Schirtnig vorrätig.
 D. J. Giesendorf, Berlin S. 59, Rottbuscher Damm 96
 Fernsprecher: Rochplatz 12309.

Großbuchbinderei Berlins sucht zum 1. 7. oder früher einen auf allen Gebieten der Technik erfahrenen
Buchbinder
 mit anständiger Handschrift und guter Schulbildung, der Gelegenheit hätte, sich in der Kalkulation und Lohnbuchhaltung auszubilden. Gest. ausführliche, selbstgeschriebene Offerte unter Nr. W. B. 28, an die Expedition dieses Blattes.

Energischer Buchbindergehilfe als Leiter der Mädchenabteilung
 gesucht Spezialerfahrung und Kenntnisse von Falz- und Gestaltmaschinen erforderlich. Ausführliche Angebote mit eingehender Angabe bisheriger Tätigkeit und Zeugnisabschriften unter **N. S. 105** an die Expedition dieses Blattes.

Zahlstelle Berlin.
 Freitag, den 9. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Baum, Stadtschreiberstraße 47.

Monatsversammlung der Taubstummenfektion.
 Betriebsräte und Vertrauensleute sind angewiesen, die in ihren Betrieben arbeitenden taubstummen Kollegen und Kolleginnen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Vollzähliges Erscheinen aller ist notwendig.
Michaëlis, Obmann.

Decken- und Fertigmacher sowie Presier, Vorrichter, Nachseher, Broschierer und Kleberinnen
 stellt ein
E. U. Enders, Großbuchbinderei Leipzig.